

2 .FERTIGUNG

Bebauungsplan: "...Schöllbronner Straße, 3. Änderung (Leitstellengebäude AVG)"

Vereinfachte Änderung gemäß § 13 BauGB

Begründung

Der Bebauungsplan "Für das Gebiet zwischen der AVG, Schöllbronner Straße, Waldstraße, Wattsteig, Pforzheimer Straße, Albstraße, Friedrichstraße und Wilhelmstraße" wurde vom Gemeinderat am 21.09.1983 als Satzung beschlossen und unter Nr. 13-24/0215/42 am 09.01.1984 vom Regierungspräsidium genehmigt. Zwischenzeitlich erfolgten in Teilbereichen zwei Bebauungsplanänderungen ("AVG-Abstellhalle", Schöllbronner Straße und "Buhl'sche Mühle", Pforzheimer Straße), die am 01.04.1987 bzw. am 29.11.2000 vom Gemeinderat als Satzung beschlossen wurden.

Dieser Bebauungsplan wurde in einem weiteren Teilbereich geändert. Der Geltungsbereich dieser Änderung umfasst die AVG-Grundstücke Flst.Nr. 991, 992 und 7050/1 sowie eine Teilfläche von Flst.Nr. 7050, die im Norden an die Schöllbronner Straße bzw. im Südosten an das Grundstück der AVG-Abstellhalle angrenzen.

Die AVG beabsichtigt auf ihren o.g. Grundstücken ein neues Leitstellengebäude zu errichten. Derzeit befindet sich die Leitstelle im Bahnhofsgebäude "Wilhelmstraße 2". Von dort werden die Albtalbahn, die Hardtbahn und die Strecken Bruchsal-Menzingen/Odenheim gesteuert. Außerdem erfolgt von dort die zentrale Überwachung für den gesamten Regionalverkehr der AVG.

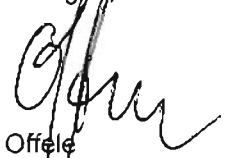
Im Zuge der Streckenerweiterungen (Südbahn-Murgtal, Enztalbahn) wird es notwendig, die heutige Leitstelle zu vergrößern. Eine Erweiterung an dieser Stelle ist aber aus bautechnischen, denkmalpflegerischen und auch bahnbetrieblichen Gründen nicht möglich. Deshalb soll im Anschluss an das Bahnverwaltungsgebäude der AVG "Schöllbronner Straße 10/12" eine neue Leitstelle eingerichtet werden.

Die im Bebauungsplan festgelegte Art der baulichen Nutzung "Mischgebiet" (MI) und das festgelegte Maß der baulichen Nutzung "GRZ = 0,4" bleiben unverändert, aber das erforderliche Baufenster für das geplante Vorhaben musste durch eine entsprechende Bebauungsplanänderung geschaffen werden.

Die Bebauungsplanänderung umfasst nur die Verschiebung der rückwärtigen Baugrenze auf den o.g. Grundstücken. Gleichzeitig wird im Bereich des neuen Baufensters die Geschossigkeit auf zwei Vollgeschosse bzw. ein Vollgeschoss (entlang der westlichen Grundstücksgrenze zu Flst.Nr. 990) reduziert. Art und Maß der baulichen Nutzung und die textlichen Festsetzungen wurden nicht geändert.

Durch die dargestellte Bebauungsplanänderung werden die Grundzüge der Planung nicht berührt, weshalb ein vereinfachtes Änderungsverfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden konnte.

Ettlingen, 16.05.2002


Offele
Oberbürgermeister

